10. März 2017 ■ 62. Ausgabe

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Wochenbericht erstreckt sich dieses Mal nicht nur auf eine Sitzungswoche in Berlin, sondern erfasst auch die beiden Wochen, die ich in meinem Wahlkreis unterwegs war.

Mit meinem Kollegen Karl Lauterbach habe ich im Kurhaus Hamm zu einer interessanten gesundheitspolitischen Veranstaltung eingeladen, bei des es um die Zukunftsperspektiven unseres Gesundheitssystems ging.
Mit meinem Lüner Parteifreund, NRW-Arbeitsminister Rainer Schmeltzer, habe ich zu einer Betriebsrätekonferenz eingeladen. Einmal mehr ist deutlich geworden, dass von NRW aus wichtige Arbeitspolitische Impulse ausgehen. Ein interessanter, faktenreicher Abend, den wir seit Jahren fest in unserem Terminkalender verankert haben. Und das soll auch so bleiben.

Dass Nordrhein-Westfalen nach wie vor die Herzkammer der Sozialdemokratie ist war nicht nur bei unserem Landesparteitag zu spüren, bei dem Hannelore Kraft mit 100 Prozent zur Spitzenkandidatin der Landtagswahl gewählt worden ist.

Am Aschermittwoch im Freischütz Schwerte war die Aufbruchsstimmung in unserem Land ebenfalls zu spüren. Unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und unser Kanzlerkandidat Martin Schulz haben deutlich gemacht wofür Sozialdemokraten stehen und was jetzt wichtig ist für unser Land.
10.000 Neumitglieder in wenigen Wochen zeigen: wir sind auf einem guten Weg.

In schwierigen Zeiten den Dialog mit der Türkei aufrecht erhalten

Die Inhaftierung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel ist ein weiterer schwerer Schlag gegen die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei. Gerade als Mitglied der deutsch-türkischen Parlamentariergemeinschaft bedauere ich die Entwicklungen in der Türkei und fordere, wie meine Bundestagskollegen, die sofortige Freilassung von Deniz Yücel und ein faires rechtstaatliches Verfahren zur Aufklärung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen.

Gleiches gilt für alle anderen zu Unrecht inhaftierten Journalisten in der Türkei. Presse- und Meinungsfreiheit sind in einer Demokratie nicht verhandelbar. Deutschland und die Türkei sind in vielfältigster Weise verbunden - nicht nur durch die fast drei Millionen Menschen türkischer Herkunft, die in Deutschland leben, und die engen familiären und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen unserer Länder. Die Türkei ist für Deutschland auch ein wichtiger Partner mit Blick auf die Lösung des Syrienkonflikts, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Zusammenarbeit in Sachen Flucht und Migration, die Bündnispartnerschaft in der NATO und unsere intensiven wirtschaftlichen Beziehungen.

Niemand kann ein Interesse daran haben, dass wir mit der Türkei in diesen schwierigen Zeiten in Sprachlosigkeit oder gar in offene Konfrontation verfallen.

SPD-Fraktion legt Gesetzentwurf gegen Gehaltexzesse bei Managern vor

Ein Blick in deutsche Chefetagen zeigt jedoch, dass Maß und Mitte in vielen börsennotierten Unternehmen offensichtlich verloren gegangen sind: Heute verdienen Vorstände im Schnitt mehr als das 50fache des Durchschnittsverdiensts im Betrieb – unabhängig vom eigentlichen Arbeitserfolg.

Wer Außergewöhnliches leistet oder viel Verantwortung trägt, der hat ein entsprechend hohes Gehalt verdient. Hohe Zusatzleistungen („Boni“) werden sogar dann noch gezahlt, wenn ein Unternehmen wegen Missmanagements Verluste macht und Beschäftigte um ihren Job zittern müssen. Mit diesem Missverhältnis muss endlich Schluss sein! Wir haben deshalb einem einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in Aktiengesellschaften wieder für ein angemessenes Verhältnis zwischen Vorstandsgehälter und Durchschnittsverdienst sorgen soll. Wir sind der Meinung: Überhöhte Gehälter dürfen nicht auch noch von allen Steuerzahlern mitbezahlt werden. Deshalb fordern wir, dass nur noch Gesamtbezüge bis maximal 500.000 Euro als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar sein dürfen. Zudem wollen wir die unsägliche Praxis beenden, dass schlechte Leistungen auch noch belohnt werden: Künftig soll der Aufsichtsrat das Recht erhalten, in diesem Fall Gehälter oder Ruhebezüge von Vorständen nachträglich herabzusetzen.

Außerdem verpflichten wir die Eigentümer, das Verhältnis zwischen Vorstandvergütung und Durchschnittsverdienst im Unternehmen zu beschließen. Die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern bleiben hiervon unberührt. Denn der Aufsichtsrat behält das alleinige Vorschlagsrecht über das Vergütungssystem.

Kein Export von radioaktivem Material

Im Vorfeld der Anhörung zur Novellierung des Atomgesetzes hat die Bürgerinitiative Umweltschutz in Hamm die interessante Frage aufgeworfen, ob radioaktives Material vom Hammer THTR ins Ausland exportiert werden könnte. Ich habe das zuständige Ministerium um eine Antwort gebeten und diese Frage auch während der Anhörung im Ausschuss gestellt, an der ich in dieser Woche teilgenommen habe.

Mein Eindruck: Der Export radioaktiven Materials aus dem ehemaligen Atomreaktor in HammUentrop ist unwahrscheinlich. Der Atommüll, um den es geht, lagert jetzt in 305 Castor-Behältern im Zwischenlager Ahaus. Bei der jetzt zur

Atommüll aus dem Hammer THTR geht nicht ins Ausland.

Beratung anstehenden neuen Regelung geht es darum, Kernbrennstoffe aus Forschungsreaktoren ins Ausland zu bringen und dort zu endlagerfähigen Gebinden zu verarbeiten. Meiner Meinung nach handelte es sich bei dem Reaktor in Hamm nicht um einem Forschungsreaktor. Damit ist eine Beseitigung oder Lagerung der Abfälleim Inland vorgeschrieben. Das zuständige Ministerium hat mir aber mitgeteilt, dass noch nicht abschließend geklärt sei, ob es sich um einen Forschungsreaktor gehandelt habe. Aber selbst wenn unterstellt würde, dass es sich bei dem Reaktor in Hamm um einen Forschungsreaktor handelt, ist der Export untersagt, weil die Abfälle bereits auf der Grundlage einer Genehmigung im Inland zwischengelagert sind.

Ein Export in das Ausland zur Herstellung endlagerfähiger Gebinde kann erst genehmigt werden, wenn ein genehmigtes Endlager existiert. Aus meiner Sicht wird das noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Betriebsrätekonferenz in Lünen

Ich habe unsere Betriebsrätekonferenz im Bürgerzentrum Lünen-Gahmen zusammen mit unserem AfA-Vorsitzenden Kevin Przygodda eröffnet. Informationen aus erster Hand gab es von unserem NRW-Arbeitsminister Rainer Schmeltzer. Unsere Gäste waren Betriebs- und Personalräte, Mitarbeitervertreter der kirchlichen und sozialen Einrichtungen sowie Gewerkschaftsvertreter.

Ich habe auf unsere Erfolge beim Kampf gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen hingewiesen. Ein Gesetzt, das wir in dieser Legislaturperiode verabscheidet haben, regelt jetzt, dass die Höchstverleihdauer bei 18 Monaten liegt. Nach neun Monaten gibt es den gleichen Lohn, den die Stammbeschäftigte erhält.

(v.l.) AfA-Vorsitzender Kevin Przygodda. NRW-Arbeitsminister Rainer Schmeltzer und Michael Thews MdB.

Rainer Schmeltzer, erinnerte in seiner Rede unter anderem an die erfolgreiche Umsetzung des Mindestlohngesetzes, das in NRW seinen Anfang genommen hat. Vom Mindestlohn, der inzwischen bei 8,84 Euro liegt profitieren in NRW 800.000 Menschen. Zahlreiche Minijobs sind in sozialversicherungspflichtige Jobs umgewandelt worden und beim Abbau von Arbeitslosigkeit liege NRW derzeit an der Spitze aller Bundesländer. Weiter

Themen waren das duale Ausbildungssystem, der Fachkräftemangel, sowie Veränderungen bezüglich der Zukunft der Arbeit (Arbeit 4.0.). Zu Arbeit 4.0 gehört auch ein echter Feierabend 4.0, sagte Rainer Schmeltzer und kündigte an, im Arbeitsschutz bessere gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir gestalten den sich wandelnden Arbeitsmarkt Arbeitslosengeld Q: Sicherheit durch Qualifizierung

Unsere Arbeitswelt steckt im tiefgreifenden Wandel: Durch die umfassende Digitalisierung aller Arbeits- und Produktionsbereiche werden neue Tätigkeiten und Qualifikationen nachgefragt, während andere nicht länger gebraucht werden. Deshalb müssen wir mehr in die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern investieren. Nur so verhindern wir, dass sich der Fachkräftemangel in manchen Berufen verstärkt und gleichzeitig Menschen arbeitslos sind, weil sie die erforderlichen neuen Qualifikationen nicht erwerben konnten. Das war auch Thema eines intensiven Gesprächs von Arbeitsministerin Andrea Nahles mit den NRW-Abgeordneten in Berlin.

Daher ist es so wichtig, dass wir, wie von von unserer Ministerin vorgeschlagen, ein Recht auf Weiterbildung schaffen. Die Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung soll gesetzlich verpflichtet werden, Arbeitslosen, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, ein Angebot für eine Qualifizierung zu machen, die die Vermittlungschancen nachhaltig erhöht. Gleichzeitig sollen alle Beschäftigten für die Dauer ihres Erwerbslebens einen Anspruch auf Beratung über berufliche Weiterbildung erhalten.

Dafür sieht das Konzept des Arbeitslosengelds Q vor, die Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung weiterzuentwickeln. Wir wollen zudem die Schwelle für den Bezug von Arbeitslosengeld I absenken. Damit sind auch jene abgesichert, die wie in der Kreativbranche oftmals nur kurzfristig beschäftigt sind. Wer auf einem sehr beweglichen Arbeitsmarkt eine neue Beschäftigung finden muss, der soll sich auf einen wirksamen Schutz der Arbeitslosenversicherung verlassen können.
Das Arbeitslosengelds Q ist ein kluges, innovatives Konzept, das mehr Sicherheit mit deutlich mehr Investitionen in die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung verbindet. Die SPD steht für eine moderne und gerechte Arbeitsmarktpolitik, die sich darum kümmert, dass die Menschen auch im 21. Jahrhundert schnell einen Job finden – gut bezahlt und zu fairen Bedingungen. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode auch weiter für das Gesetz zur Entgeltgleichheit und für ein Rückkehrrecht von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeit kämpfen.

Ausweitung des Unterhaltsvorschusses

Wir haben eine erhebliche Verbesserung für die Alleinerziehenden und ihre Kinder erreicht. Zukünftig wird die Dauer verlängert, für die Alleinerziehende den Unterhaltsvorschuss beziehen können: Die bisherige Höchstbezugsdauer von 6 Jahren wird aufgehoben und die Leistung auf Kinder bis zu 18 Jahren ausgeweitet. Davon werden schätzungsweise 120.000 Kinder profitieren.

Wir verbessern die Situation von Familien und Alleinerziehenden.

Der Gesetzentwurf ist seit mehreren Wochen in der Diskussion. Die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses verursacht nämlich Kosten bei Bund, Ländern und Kommunen in Millionenhöhe.

In Nordrhein-Westfalen besteht seit mehr als einem Jahrzehnt eine Kostenverteilung, die die Hauptlast nicht beim Land, sondern bei den Kommunen lässt. Wir sind darüber mit der Landesregierung in sehr konstruktiven Gesprächen. Zu keinem Zeitpunkt in den letzten 10 Jahren – auch nicht in der Zeit der Rüttgers-Regierung – sind die Finanzierungsregelungen geändert worden.

Wenn das Gesetz in Kraft tritt, soll es auch in Nordrhein-Westfalen zu einer Neuregelung der Kostenverteilung zwischen Land und Kommunen kommen.

Eine Familie ernähren und für die Kinder da sein – diese Aufgaben ohne Partner zu bewältigen, ist eine riesige Herausforderung, der sich Alleinerziehende tagtäglich stellen müssen. Wenn dann der andere Elternteil keinen Unterhalt zahlt, wird die Situation leicht zur Armutsfalle. Um das zu verhindern, erweitern wir den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende.

Neue Klärschlammverordnung

Mit der Verordnung der Bundesregierung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung, schränken wir die Ausbringung von Klärschlämmen zu Düngezwecken stark ein. Die bodenbezogene Klärschlammverwertung hat in den letzten Jahren zunehmend an Akzeptanz und Bedeutung verloren. Weiteres zentrales Element der Verordnung ist die Pflicht der Betreiber von Abwasserbehandlungs-, Klärschlammverbrennungs- sowie mitverbrennungsanlagen nach einer gestaffelten Übergangsfrist von zwölf bzw. fünfzehn Jahren, Phosphor zurückzugewinnen. Phosphor ist eine nur endlich verfügbare Ressource. Erschwerend kommt hinzu,

Rede im Bundestag zur Neuerung der Klärschlammverordnung.

dass Deutschland und nahezu die gesamte EU zur Deckung des Phosphorbedarfs vollständig von Importen aus überwiegend politisch instabilen Regionen abhängig sind.

Auch diese Verordnung der Abfallgesetzgebung dient dem Ziel, die werthaltigen Bestandteile des Abfalls - hier Klärschlamm - umfassender als bisher wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück zu führen.

Meine Rede im Bundestag zur Neuerung der Klärschlammverordnung finden Sie hier.

Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung
Drucksachen 18/10884, 18/11025 Nr. 2, 18/11443

Arzneimittelversorgung stärken

Eine bessere Arzneimittelversorgung ist das Ziel eines Beschlusses, den wir in dieser Woche gefasst haben. Hersteller werden verpflichtet, Lieferengpässe zu melden, wenn sie Krankenhausapotheken nicht beliefern können. Das geltende Preismoratorium für Arzneimittel ohne Preisregulierung wird bis Ende 2022 verlängert, wobei ab

Zur Sicherstellung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung durch Apotheken wird die Vergütung bei Standard-Rezepturarzneimitteln und Betäubungsmitteln erhöht.

2018 eine Preisanpassung entsprechend der Inflationsrate stattfinden soll.

Zur Sicherstellung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung durch Apotheken wird zudem die Vergütung bei Standard-Rezepturarzneimitteln und Betäubungsmitteln erhöht. Die Ausschreibungen für Impfstoffe und für Zytostatika werden beendet.

Die Entwicklung innovativer Arzneimittel und neuer Wirkstoffe ist nicht nur wichtig für eine gute Gesundheitsversorgung, sondern auch für die Gesundheitswirtschaft in Deutschland. Aus diesem Grund haben das Bundesministerium für Gesundheit, das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Bundeswirtschaftsministerium in den vergangenen zwei Jahren einen intensiven Dialog mit Vertretern der pharmazeutischen Verbände, der Wissenschaft und der IGBCE geführt.

Das Gesetz, das wir in diese Woche abschließend beraten haben, greift wichtige Anregungen aus diesem „Pharmadialog“ auf und enthält weitere Regelungen, die notwendig sind, um die Arzneimittelversorgung auf hohem Niveau sicherzustellen.

Unter anderem sollen die Besonderheiten von Kinderarzneimitteln bei der Nutzenbewertung noch besser berücksichtigt werden. Bei der Nutzenbewertung von Antibiotika wird zukünftig die Resistenzsituation mit einbezogen. Die Transparenz über die ausgehandelten Erstattungsbeträge bleibt auch in Zukunft erhalten.

Polizei und Rettungskräfte beim Einsatz schützen

Wir wollen Vollzugsbeamte und Rettungskräfte beim Einsatz besser schützen. Auch wer täglich Streife geht oder in der Amtsstube seinen Dienst verrichtet, hat mehr Respekt verdient. Deshalb soll ein neuer, eigenständiger Tatbestand im Strafrecht eingeführt werden, der Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute betrifft und der mit einem verschärftem Strafrahmen (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren) ausgestaltet wird.

Tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte werden in Zukunft also härter sanktioniert. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich zudem weiter für mehr Personal und eine bessere Ausstattung von Sicherheitskräften (z.B. Bodycams) einsetzen. Prävention und Sanktion, beides ist notwendig, um Angriffe gegen Polizei und Rettungskräfte wirksamer zu unterbinden

Im Jahr 2015 sind gewalttätige Übergriffe auf Polizei und Einsatzkräfte um knapp 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Das ist erschreckend. Solche Angriffe sind Angriffe auf uns alle und auf unseren Rechtsstaat.

Das Verpackungsgesetz kommt

Wir haben uns im Koalitionsvertrag auf ein Wertstoffgesetz verständigt, das die bundesweite Einführung einer Sammlung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen sowie die Ausweitung der Produktverantwortung vorsieht.

Das Wertstoffgesetz ist an der Frage der Organisationsverantwortung für die zukünftige Wertstoff-Sammlung gescheitert, obwohl es aus ökologischer und ressourcenpolitischer Sicht notwendig gewesen wäre. Das vorliegende Verpackungsgesetz konzentriert sich nun auf die Erhöhung ökologischer Anforderungen.

Ziel des Gesetzes ist es, Verpackungsabfälle vorrangig zu vermeiden und zukünftig noch mehr Abfälle aus privaten Haushalten der Wiederverwendung und dem Recycling zuzuführen. Hierzu werden die Recyclingquoten erhöht. Es werden zusätzliche kommunale Einflussmöglichkeiten auf die Sammlung eingeführt. Auch Hersteller werden stärker in die Pflicht genommen, indem die Beteiligungsentgelte für Verpackungen stärker ökologisch ausgerichtet werden. Darüber hinaus soll der Rahmen für einen fairen Wettbewerb durch die Einrichtung einer zentralen Stelle verbessert werden.

Meine Rede finden sie bei:

www.facebook.com/michael.thews.96

www.michaelthews.de

Internationaler Frauentag gegen Rechtspopulisten und Chauvinisten

Deutliche Worte zum Internationalen Frauentag am 8. März. Es ist an der Zeit, sich zu unserer offenen und toleranten Demokratie zu bekennen und ihre Werte zu verteidigen. Rechtspopulisten und Chauvinisten bekämpfen weltweit Emanzipation, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Sie beleidigen und denunzieren Frauen. Sie wollen eine Kulturrevolution. Sie wollen zurück in eine Gesellschaftsform, die wir längst überwunden glaubten. Es ist höchste Zeit, sich dagegen zu wehren. Besonders eindrucksvoll sind die Proteste in den USA, wo der gewählte Präsident Frauen herabwürdigt und beleidigt. Am 21. Januar 2017 gingen allein in Washington, D.C. über eine halbe Million Menschen auf die Straße. Weltweit waren es über 5 Millionen, die beim Women's March in hunderten Städten zusammengekommen sind.
Frauen überall auf der Welt setzen ein eindrucksvolles Zeichen für die Verteidigung von Emanzipation, Freiheit und Demokratie. Frauen führen, gestalten und organisieren die friedlichen Proteste. Ihr gemeinsames Ziel: Eine gerechte Gesellschaft, die zusammenhält und Frauenrechte verwirklicht.

Frauenrechte werden momentan weltweit massiv in Frage gestellt: Konservative Abtreibungsgegner kämpfen gegen jegliche sexuelle Selbstbestimmung von Frauen, Befürworter der Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt berufen sich auf sogenannte traditionelle Familienwerte. Und radikale Islamisten verleihen ihrem Hass auf Frauen mit religiösem Fanatismus ungehemmt Ausdruck.
Auch bei uns in Deutschland steht viel auf dem Spiel: deutsche Rechtspopulisten propagieren ein äußerst konservatives Familienbild: Die Familie besteht aus Vater, Mutter und idealerweise drei Kindern. Andere Familienformen lehnen sie ab und Alleinerziehende sollen nicht vom Staat unterstützt werden.
Mit uns gibt es kein Zurück in die Gesellschaft der 50er Jahre. Wir stehen gemeinsam mit Martin Schulz für eine offene und tolerante Demokratie, in der Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Hautfarbe, Religion, Beruf und Einkommen oder Herkunft gleichberechtigt und respektvoll miteinander leben. Wir wollen die vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern – in allen gesellschaftlichen Bereichen, auf allen Ebenen.

PKW-Maut europarechtskonform ausgestalten

Im Juni 2015 haben wir im Bundestag die von der CSU geforderte Infrastrukturabgabe für Bundesfernstraßen beschlossen. Wir hatten als Bedingungen für unsere Zustimmung zur PKW-Maut formuliert, dass inländische Autofahrer nicht stärker belastet werden und die Maut europarechtskonform ist. Nachdem die EU-Kommission vor dem EuGH Klage gegen die Maut erhoben hat, hat die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren eine Einigung mit der EU-Kommission verhandelt, die wir nun gesetzlich umsetzen werden. Dazu ändern wir im Infrastrukturabgabengesetz die Staffelung und Höhe der Kurzzeitvignette, um diese an das europäische Recht besser anzupassen. Außerdem ändern wir das Verkehrssteuergesetz, um die Steuerentlastung inländischer Fahrzeuge für die emissionsärmsten Fahrzeuge zu erhöhen und so eine stärkere ökologische Lenkungswirkung zu erzielen. Parallel zum parlamentarischen Verfahren prüft das Bundesfinanzministerium noch einmal, ob die Einführung der Infrastrukturabgabe insgesamt nicht zu Mindereinnahmen des Staates führt.

KfZ-Steuergesetz ändern

Die Kohlendioxid-Werte von neuen Personenkraftwagen werden voraussichtlich ab Mai 2017 schrittweise nach einem neuen Verfahren ermittelt. Zur Anwendung kommt dann ein weltweit standardisiertes Testverfahren, um die Abgasemissionen leichter Kraftfahrzeuge zu ermitteln. Ab dem 1. September 2018 ist das neue Verfahren verbindlich bei allen neuen Kraftfahrzeugen anzuwenden. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung soll dieses Messverfahren ab diesem Stichtag auch für die Ermittlung der Kraftfahrzeugsteuer für neu zugelassene Fahrzeuge gelten. Damit soll Rechts- und Planungssicherheit geschaffen werden und eine gleichmäßige Besteuerung gewährleistet werden

Mehr Wohnraum schaffen - Kommunen stärken

Viele Städte brauchen dringend Wachstumsperspektiven und bezahlbaren Wohnraum. Mit dem Gesetz zum Städtebaurecht erhalten Städte und Kommunen verbesserte Möglichkeiten der Nachverdichtung in Innenstädten, so dass eine höhere Bebauungsdichte möglich wird, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Mit dem neuen Baugesetzbuch wird das Bauen in stark verdichteten städtischen Gebieten leichter und schneller. Der Gesetzentwurf greift zudem weitere städtebauliche Anliegen auf: So werden u.a. Rechtsunsicherheiten für Ferienwohnungsbetreiber und Kommunen in Zusammenhang mit der Genehmigung vor allem in reinen und allgemeinen Wohngebieten beseitigt und die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten ausgeweitet.

Auf diese Weise wird verhindert, dass Wohnraum vor Ort dem Markt entzogen wird. Mit dem Gesetz wird das Baugesetzbuch an die geänderte Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung angepasst und eine neue Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ eingeführt.

Zu Gast beim VDM Rohstoffausschuss

Auf Einladung des Verbandes Deutscher Metallhändler habe ich über die die Chancen, Schwierigkeiten und Aussichten der Kreislaufwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf die Rohstoffpolitik gesprochen.

Mit Michael Planger und Marion Finney vom Verband Deutscher Metallhändler.

Dabei herrschte Einigkeit darüber, dass eine bestmögliche Ressourcennutzung und der Ausbau des Recyclingsystems nötig sind. Einen Effizienzsprung beim Recycling können wir nur erreichen, wenn bereits bei der Produktplanung Aspekte der Abfallvermeidung und des Recyclings mitgedacht werden. Es muss einen intensiven Dialog zwischen Produzenten und den Experten der Kreislaufwirtschaft geben.

Einige Dinge müssen allerdings auf europäischer Eben angeregt werden – ein gutes Beispiel ist die Ökodesign Verordnung, die auch Einfluss auf die Zusammensetzung von Produkten nehmen könnte.

Für Verbesserungen beim Produktdesign und der Produktgestaltung befürworteten beide Seiten die Idee eines Schwarzbuchs. Das hatte ich angeregt, um effizienter auf Probleme reagieren zu können. Hierin sollen von Unternehmensseite konkrete bürokratische Hürden, Handlungsbedarfe und Lösungsansätze aufgezeigt und angeregt werden, die an die Politik herangetragen werden.

Umweltministerin Barbara Hendricks besucht Entsorgungsunternehmen Remondis in Lünen

Zusammen mit Barbara Henricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit habe ich das REMONDIS Lippewerk in Lünen besucht.

Besuch bei Remondis in Lünen mit der Umweltministerin Barbara Hendricks und Remondis-Geschäftsführer Herwart Wilms.

Im europaweit größten Zentrum für industrielles Recycling haben wir uns über den technischen Stand sowie der Dimension der Recyclingaktivitäten am Standort informiert und erörterte anschließend mit der Geschäftsführung Fragen zur Zukunft der Kreislaufwirtschaft in Deutschland und Europa.
Ein besonderer Fokus lag auf der Weiterentwicklung der Gesetzgebung für eine verbesserte Wertstofferfassung in Deutschland, die ja auch in dieser Woche Thema im Parlament war, sowie die Einführung von Ökodesignrichtlinien für das produzierende Gewerbe, die beide als wichtige Voraussetzungen für effizienteres Recycling in der Zukunft gelten. Dabei wird den Produzenten vorgeschrieben, ihre Produkte so zu gestalten, dass am Ende möglichst alle darin enthaltenen Rohstoffe wiederverwendet werden können.
Als besonders innovatives und preisgekröntes Projekt wurde der Ministerin dann noch das TetraPhos-Verfahren zur Rückgewinnung des lebenswichtigen Phosphors aus der Verbrennungsasche von Klärschlämmen vorgestellt, dass das Unternehmen in Hamburg betreibt. Ein Thema, das mich in dieser Woche bei der Neuordnung der Klärschlammverordnung beschäftigte

Fraktion vor Ort in Hamm: Das Gesundheitssystem der Zukunft

Ich habe am 22. Februar eine sehr gut besuchte Veranstaltung zum Thema „Das Gesundheitssystem der Zukunft“ im Kurhaus Hamm eröffnet. Hauptreferent war mein Fraktionskollege, der Gesundheitsexperte Prof. Dr. Karl Lauterbach, der einen interessanten Überblick über unser Gesundheitssystem gab.

Das Gesundheitssystem der Zukunft mit: (v.l) Manfred Hemmer, Karl Lauterbach und Wolfgang Rometsch.

Unser Land verfügt über ein effektives und differenziertes Gesundheitssystem. Die ambulante und stationäre Versorgung ist insgesamt gut. Dennoch: Das Prinzip, das Hilfen vom Menschen und nicht von den Strukturen her gedacht werden müssen, scheint noch nicht in allen Bereichen angekommen zu sein. So wird schon mal auf eine ganzheitliche Behandlung verzichtet, wenn ein Nacheinander der Hilfen für den Leistungserbringer wirtschaftlicher ist.

Das „Zwei- Klassen-System“ von privater und gesetzlicher Krankenversicherung gehört zudem zu Gunsten einer Bürgerversicherung, in die alle Beschäftigten einzahlen, abgeschafft. Gesundheitsförderung ist eine Querschnittsaufgabe und ist dann besonders erfolgreich, wenn sie vor Ort im Lebensalltag der Menschen ansetzt. Den besten Zugang zum Lebensumfeld haben die Kommunen mit ihren öffentlichen Einrichtungen. Karl Lauterbach gab einen Einblick in die komplizierten und langwierigen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner, wenn es um die Zukunft unseres Gesundheitssystems geht. Für uns ist klar, wir wollen weg, von einer Zwei-Klassen

Medizin, hin zu einer paritätischen finanzierte Bürgerversicherung.

Danke für die Unterstützung an Wolfgang Rometsch, der die offene Fragestunde moderierte.

Danke auch an Manfred Hemmer, den Ehrenvorsitzenden der Hamm-SPD, der immer dabei ist Wenige Tage nach der Veranstaltung durfte ich Manfred zum 80. Geburtstag gratulieren. Und die nächste Gratulation steht auch bald ins Haus: Am 17., März wird Manfred offiziell zum Ehrenbürger der Stadt Hamm ernannt.

Workshop für Medienmacher

Linda Göttner aus Hamm nahm in der vergangenen Woche an einem Workshop für junge Medienmacherinnen und Medienmacher im Deutschen Bundestag teil. Zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland ludt der Deutsche Bundestag mittlerweile zum vierzehnten Mal junge Journalistinnen und Journalisten zu einen Workshop nach Berlin ein.

Mit Linda Göttner im Bundestag.

Eine Woche lang haben die Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt geblickt. Sie hospitierten in Redaktionen, lernten Hauptstadt-Journalisten kennen, diskutierten mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchten Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellten eine eigene Zeitung.

Politischer Aschermittwoch mit Hannelore und Martin

Der politische Aschermittwoch in Schwerte ist immer eine interessante Veranstaltung, bei der ich auch in diesem Jahr wieder viele Genossinnen und Genossen aus meinem Wahlkreis getroffen habe.

Mit Hans Demmerle, Paul Naumann und Julius Punt im Freischütz Schwerte.

In diesem Jahr mit Martin Schulz: „Wir treten an, die stärkste politische Partei in der Bundesrepublik zu werden. Ich trete an, der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden." Klare Kante von unserem Kanzlerkandidaten. Wie immer war die Stimmung im Freischütz ausgezeichnet.

André Stinka, der Generalsekretär der NRW-SPD, hatte unseren „nächsten Bundeskanzler“ angekündigt. Zusammen mit Hannelore Kraft, NRW-Ministerpräsidentin, und Norbert Römer, Vorsitzender SPD-estliches- Westfalen zog er in den Saal ein. Und dann war die Bühne frei für „Jetzt ist Schulz“ und „Zeit für Martin“. „Wir haben ein wunderbares Land. Aber nicht alles in diesem Land ist wunderbar“, sagte Martin Schulz und stellt das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt seiner Rede. „Es ist seit 153 Jahren der konstante Auftrag der SPD, dass sie das Leben der Menschen besser machen will“, sagt er und erhält dafür stehende Ovationen.

Zusammen mit meiner Dortmunder Kollegin Sabine Poschmann (2. v.l.) freue ich mich über eine überzeugende Rede von Hannelore Kraft.

Landesparteitag wählt Hannelore Kraft einstimmig zur Spitzenkandidatin

#NRWIR legen los. Ohne eine einzige Gegenstimme, Enthaltung oder ungültige Stimme haben die 422 Delegierten beim Landesparteitag der SPD in Düsseldorf Hannelore Kraft zur Spitzenkandidatin der Partei bei der Landtagswahl gekürt. Es wurde der Tag für wichtige Entscheidungen: Hannelore Kraft soll Ministerpräsidentin bleiben und tritt erneut als Spitzenkandidatin an. Das Wahlprogramm setzt Schwerpunkte für Zusammenhalt und Zukunftssicherheit. Seit Jahresbeginn sind mehr als 10.000 Menschen der SPD beigetreten. Eine neue Rekordzahl.

FH Hamm beim parlamentarischen Abend

Bei einem parlamentarischen Abend habe ich Prof. Dr. Klaus Zeppenfeld getroffen, der mir von einem aktuellen Projekt in Gahna berichtet. Von meinem letzten Besuch bei der Fachhochschule in Hamm weiß ich, dass sich die FH um internationale Kooperationen bemüht und inzwischen ein weites Netzwerk aufgebaut hat. Diesen

Mit Prof. Dr. Klaus Zeppenfeld beim parlamentarischen Abend.

Weg setzt die FH fort und bietet ihren Studenten damit die Möglichkeit, schon während des Studiums Auslandserfahrungen zu sammeln. Ich habe meine Hilfe Angeboten und werde über die deutsch-israelische Parlamentariergemeinschaft Kontakte zu israelischen Universitäten vermitteln.

Ich verbleibe mit vielen Grüßen aus Berlin und einem herzlichen Glückauf!

Michael Thews